

Strategiepapier zum Umgang mit dem Lehrkräftebedarf



Grüne Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, Louis Krüger (Schulpolitischer Sprecher)

Gemeinsamen Prozess starten: Runder Tisch Lehrkräftebedarf

Wir greifen den Vorschlag des Landeselternausschusses auf, einen Runden Tisch einzuberufen, um gemeinsam mit Lehrer*innen, Schüler*innen, Schulleitungen, Schulaufsicht, Gewerkschaften, Senatsverwaltung sowie Wissenschaft über mögliche Maßnahmen zu diskutieren, kurzfristig und qualitätswahrend mit dem Lehrkräftemangel umzugehen. Ein erster Termin eines solchen Runden Tisches muss noch im Juli stattfinden.

Grüne Grundsätze

Die Grüne Fraktion setzt weiter auf die eigenverantwortliche Schule bei der Bewältigung dieser Krise. Schulen müssen jedoch in die Lage versetzt werden, mit der Situation produktiv umzugehen. Deshalb soll der Runde Tisch Maßnahmen für innovative pädagogische Konzepte entwickeln, die von Schulen genutzt werden können. Viele Schulen haben sich bereits auf den Weg gemacht. Wir werden diese Impulse aufnehmen und die Krise für die pädagogische Weiterentwicklung von Schule mit echten multiprofessionellen Teams nutzen. Für uns ist dabei klar: Förderstunden sind essenziell für die Schüler*innen, die Unterstützung am meisten benötigen. Daher lehnen wir Kürzungen bei Förderstunden ab. Zwischen den Unterrichtsfächern möchten wir keine Hierarchie in wichtigere oder unwichtigere Fächer entstehen lassen.

Denkanstöße für die Diskussion im Runden Tisch

Als Grüne Fraktion haben wir in den vergangenen Wochen viele Gespräche geführt und steuern die folgenden Denkanstöße für die Diskussion im Runden Tisch bei.

1. Externe Fachkräfte für alternative Lernangebote gewinnen

Lernen findet nicht nur da statt, wo Lehrer*innen im Raum sind. Externe Fachkräfte könnten bei Bedarf in ihren Spezialgebieten Lernangebote machen. Folgende Maßnahmen wären denkbar:

- Einzelne Mangelfächer oder einen Teil der Stunden an bestimmten Schulen durch unbenotete Lernprojekte mit Fachkräften aus dem jeweiligen Gebiet ersetzen (z.B. Sportvereine, Musik-, Museums-, und Umweltpädagog*innen, Jugendkunstschulen, Schauspieler*innen, etc.)
- Rahmenprogramme, bei denen außerschulische Träger sowie pädagogische Fachkräfte an verschiedenen Schulen das gleiche Angebot machen
- Projektlernen auch außerhalb der Schule in Jugendfreizeiteinrichtungen, außerschulischen Lernorten und anderen öffentlichen und privaten Räumlichkeiten, um so auch dem Platzmangel entgegenzuwirken
- Mehr Zeit für Berufsorientierung in den Klassen 9 und 10
- Personelle Unterstützung der Schulen beim Aufbau von Kooperationen und Bildungsverbänden mit außerschulischen Lernorten, Trägern und anderen Schulen
- Fortbildungen für didaktische Grundkenntnisse für nicht-pädagogische Fachkräfte
- Die Umwandlung der Noten- zur Belegpflicht, wenn keine Lehrkraft das Lernangebot begleiten kann
- Aufstockung des Verfügungsfonds oder Bereitstellung von Sach- und Personalmitteln über andere Wege, um die zusätzlichen Angebote zu finanzieren. Ggf. zusätzliche PKB-Mittel zur Verfügung stellen und deren Einsatzmöglichkeiten ausweiten

Strategiepapier zum Umgang mit dem Lehrkräftebedarf

Grüne Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, Louis Krüger (Schulpolitischer Sprecher)

2. Lernen innovativ organisieren

Kreative Ansätze, das Lernen der Schüler*innen zu organisieren, können sowohl die Kompetenzen der Schüler*innen erweitern als auch Ressourcen der Lehrer*innen fokussieren. Solche Ansätze könnten beinhalten:

- Jahrgangsübergreifende Projektgruppen, epochales Unterrichten oder Lernen im Fächerverbund
- Verstärkte Möglichkeiten zum selbstorganisierten Lernen für die Schüler*innen, die mit dieser Art des Lernens gut umgehen können. Die Begleitung dabei kann z.B. durch Studierende oder ältere Schüler*innen übernommen werden. Notwendige Materialien sollten auch von der Senatsverwaltung zentral zur Verfügung gestellt werden
- Pädagogisch sinnvolle Nutzung der Chancen der Digitalisierung insbesondere zur fachlichen Vertiefung

3. Im Rahmen der eigenverantwortlichen Schule Kürzungen bei Stundentafel genehmigen

Schulen sollten in Rücksprache mit der Schulaufsicht, Stunden aus der Stundentafel kürzen können, wenn sie dafür die Notwendigkeit sehen und qualitative Maßstäbe berücksichtigen. Wenn Kürzungen nicht strukturiert erlaubt werden, werden sie faktisch trotzdem passieren.

4. Diskussion über den Umfang der Rahmenlehrpläne führen

Eine offene Debatte über den Stundenumfang und die Inhalte der Rahmenlehrpläne muss mittelfristig geführt werden.

5. Das pädagogische Personal entlasten

Viele Pädagog*innen leisten seit Jahren eine unschätzbare Arbeit – oft über die Belastungsgrenze hinaus. Und auch die nächste Zeit wird ihnen viel abverlangen. Deshalb sollten sie gezielt entlastet werden durch:

- Entlastung bei nicht-pädagogischen Aufgaben durch echte multiprofessionelle Teams (IT, Klausuraufsicht, Kopieren, Organisation von Klassenfahrten, etc.)
- Reduzierung der Anzahl von Klassenarbeiten

6. Öffentlichkeitskampagne für den Einsatz in Schulbildung starten

Es braucht eine Öffentlichkeitskampagne, bei der gezielt Fachkräfte angesprochen werden, sich für die Schulbildung zu engagieren. Für die Zukunft unserer Kinder brauchen wir eine gesellschaftliche Anstrengung für genug Lerngelegenheiten.

Strategiepapier zum Umgang mit dem Lehrkräftebedarf

Grüne Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, Louis Krüger (Schulpolitischer Sprecher)

Vorbereitung für den Runden Tisch durch SenBJF

Damit der Runde Tisch produktiv arbeiten kann, muss die Senatsverwaltung folgende Fragen vor Beginn der ersten Sitzung recherchieren und für die Mitglieder des Runden Tisches

1. Welche außerschulischen Lernorte gibt es in Berlin mit welchen Kapazitäten?
2. In welchen Schulfächern gibt es an welchen Schulen (Regionen) einen Mangel?
3. Wie kann es Schulen ermöglicht werden, nicht verausgabte Personalmittel durch unbesetzte Lehrkräftestellen eigenverantwortlich für die Finanzierung von ausgleichenden Maßnahmen einzusetzen?
4. Wie wäre eine kurzfristige Anstellung von externen Fachkräfte möglich (un/befristete Anstellung oder Honorarverträge)?
5. Inwieweit wäre eine Aussetzung der Benotung von Unterrichtsfächern möglich?
 - a. Welche Spielräume erlaubt die KMK bei der Gewährung von Abschlüssen?
 - b. In welchen Fächern wäre eine Belegpflicht ausreichend?
6. Gibt es bereits übertragbare Verfahren, wie die Aufsicht durch nichtpädagogisches Personal übernommen werden kann (Führungszeugnis, Erste-Hilfe-Kurs, etc.) und welche Fragen der Versicherung sind in diesem Fall zu klären?
7. Kann eine Regelung geschaffen werden, wie das Einholen von Vergleichsangeboten analog zu Stark trotz Corona ausgesetzt werden kann?

